

Wolfgang Lemb (Hg.)

WELCHE INDUSTRIE WOLLEN WIR?

NACHHALTIG
PRODUZIEREN –
ZUKUNFTS-
ORIENTIERT
WACHSEN

campus

Welche Industrie wollen wir?

Wolfgang Lemb ist Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall.

Wolfgang Lemb (Hg.)

Welche Industrie wollen wir?

Nachhaltig produzieren – zukunftsorientiert wachsen

Mit Beiträgen von Gerhard Bosch, Reinhard Bütikofer, Klaus Dörre, Reinhold Festge, Ralf Fücks, Patrick Graichen, Veronika Grimm, Harald Hagemann, Reiner Hoffmann, Gustav Horn, Kurt Hübner, Markus Janser, Bernd Lange, Florian Lehmer, Wolfgang Lemb, Matthias Machnig, Joachim Möller, Torsten Müller, Martin Myant, Barbara Praetorius, Katja Rietzler, Angelika Thomas, Astrid Ziegler und Gregor Zöttl

Campus Verlag
Frankfurt/New York

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-593-50473-5 Print

ISBN 978-3-593-43248-9 E-Book (PDF)

ISBN 978-3-593-43294-6 E-Book (EPUB)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Copyright © 2015 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlaggestaltung: Guido Klütsch, Köln

Satz: Satzbüro Gräf-Jordan, Heusenstamm

Druck und Bindung: Beltz Bad Langensalza GmbH

Printed in Germany

www.campus.de

Inhalt

Ein nachhaltiges Wirtschaftsmodell der Zukunft braucht »Gute Industriepolitik«.	7
<i>Wolfgang Lemb</i>	
Die Handelspolitik der EU – Instrumente, Ziele, Eckpunkte	23
<i>Bernd Lange</i>	
Renaissance der Industrie für ein nachhaltiges Europa	43
<i>Reinhard Bütikofer</i>	
Der industriepolitischen Entwicklung in Deutschland eine Richtung geben – Leitlinien der Bundesregierung	55
<i>Matthias Machnig</i>	
Investitionsstrategie für Europa – der Juncker-Plan	75
<i>Torsten Müller, Martin Myant</i>	
Grüne industrielle Revolution – Herausforderungen und Chancen für die Industrie von morgen	89
<i>Ralf Fücks</i>	
Die »Wiederentdeckung« staatlicher Industriepolitik – ein globaler Politikwettbewerb	95
<i>Kurt Hübner</i>	
Wachstums- und Investitionsdynamik in Deutschland	109
<i>Harald Hagemann</i>	

Die »schwarze Null« – eine Erfolgsgeschichte?	123
<i>Gustav Horn, Katja Rietzler</i>	
Ausrüstungsinvestitionen in die Zukunft am Beispiel des Maschinen- und Anlagenbaus	141
<i>Reinhold Festge</i>	
Investitionsanreize im Strommarkt der Zukunft	153
<i>Veronika Grimm, Gregor Zöttl</i>	
Die Energiewende als Leitbild einer nachhaltigen Industriepolitik der Zukunft	173
<i>Patrick Graichen, Barbara Praetorius</i>	
Beschäftigungswirkungen der Energiewende – ein Überblick	193
<i>Markus Janser, Florian Lehmer, Joachim Möller</i>	
Perspektiven einer nachhaltigen Industriepolitik aus arbeitspolitischer Sicht	215
<i>Gerhard Bosch</i>	
»Wir für mehr« – Ausgangspunkt für eine transformative Industriepolitik?	233
<i>Klaus Dörre</i>	
Offensive Mitbestimmung	253
<i>Reiner Hoffmann</i>	
Konturen einer nachhaltigen Industrie – einer nachhaltigen Industriepolitik	271
<i>Angelika Thomas, Astrid Ziegler</i>	
Autorinnen und Autoren	285

Ein nachhaltiges Wirtschaftsmodell der Zukunft braucht »Gute Industriepolitik«

Wolfgang Lemb

Die ökologischen und sozialen Warnsignale stehen heute weltweit vielfach auf Dunkelrot: Klimawandel, Finanzmarktkrise, zunehmende Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung, aber auch massive Defizite in der öffentlichen Infrastruktur weisen auf gravierende Fehlentwicklungen hin. Hinzu kommen neue Herausforderungen und eine Vielzahl heute noch nicht abschließend zu beantwortender Fragen in der Entwicklung zur digitalen Produktion der Zukunft. Wie kann also ein nachhaltiges Modell des Wirtschaftens in Zukunft aussehen und welche industriepolitischen Rahmenbedingungen werden dazu gebraucht?

Hierzu ist zunächst festzustellen, dass heute nahezu alle wichtigen Industriestaaten Industriepolitik betreiben. In der Ökonomie gibt es sicherlich noch eine Diskussion über das Pro und Contra von Industriepolitik, aber auch dort befinden sich die Verfechter der Lehre von der reinen Marktsteuerung tendenziell auf dem Rückzug. Zu gewichtig sind die Argumente derer, die die Notwendigkeit von Industriepolitik zur Steuerung der Märkte im Kapitalismus betonen. Und vor allem in der wirtschaftspolitischen Praxis ist die Frage, ob Regierungen Industriepolitik betreiben sollten oder nicht, beantwortet. Im Zentrum der Auseinandersetzungen steht die Frage, wie eine problemadäquate Industriepolitik gestaltet werden sollte.¹ An dieser Stelle scheiden sich in der Tat die Geister.

Industriepolitik ist kein interessenfreier Raum, sondern die unterschiedlichen und auch gegensätzlichen Interessen in Gesellschaft und Politik beeinflussen selbstverständlich industriepolitische Ziele und Instrumente und versuchen, sie für sich zu nutzen. Die unterschiedlichen Typen von Industriepolitik sind deshalb immer auch durch unterschiedliche Interessen geprägt, die gewissermaßen als »Treiber« anzusehen sind. Beispielsweise ist die zurzeit in Europa forcierte Austeritätspolitik nicht nur wegen ihrer verhee-

¹ Siehe dazu Stiglitz, J. E., /Lin, J. Y., /Monga, C. (2013), The Rejuvenation of Industrial Policy, in: Policy Research Working Paper 6628.

renden sozialen Konsequenzen heftig umstritten, sondern auch, weil sie als ein industriepolitisches »Low-Road-Konzept« nicht zielführend ist. Durch Senkung der Löhne und Sozialabbau werden sich die Probleme der Industrie in europäischen Staaten nicht lösen lassen. Notwendig ist vielmehr eine industriepolitische Modernisierungsstrategie im Sinne einer »High Road«, um den verschärften Anforderungen im internationalen Wettbewerb gerecht zu werden.

Hierbei ist Industriepolitik kein Neuland. In der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Bundesrepublik erwies es sich immer wieder als notwendig, den stetigen industriellen Strukturwandel sozial, ökonomisch und ökologisch nachhaltig zu gestalten. Allerdings waren die Brisanz und das Gewicht der Probleme, denen sich die IG Metall in der historischen Entwicklung stellen musste, durchaus unterschiedlich. Insbesondere die ökologische Frage gewann im Laufe der Zeit immer mehr an Bedeutung.

Im Folgenden gehe ich aus Gründen der Darstellbarkeit von vier Phasen aus, die in der Realität nicht streng voneinander getrennt zu sehen sind, sondern mehr oder weniger ineinander übergehen.

Erste Phase: Industriepolitik und »Wirtschaftswunder«

Dass die Interessen der Beschäftigten an guten Arbeitsbedingungen, guter Bezahlung, guter Qualifikation und Arbeitsplatzsicherheit immer wieder neu erkämpft und durchgesetzt werden müssen, galt bereits für die Zeit des sogenannten Wirtschaftswunders. Nach Zeiten der Vollbeschäftigung Ende der 50er Jahre und anhaltend hohen Wachstumsraten schien der Strukturwandel zeitweilig »reibungslös« vonstatten zu gehen, sodass Beschäftigte aus damals schrumpfenden Branchen wie der Textilindustrie oder der optischen Industrie in expandierende Bereiche wechseln konnten. Aber dieser Prozess verlief schon damals nicht ohne soziale Härten. Deshalb griff die IG Metall steuernd ein bzw. setzte gegenüber Regierungen durch, dass staatliche Maßnahmen die sozialen Auswirkungen von Branchen- bzw. Unternehmenskrisen milderten.

Im Vergleich zur aktuellen Situation handelte es sich aber um Probleme, die gut zu bewältigen waren. Dies zeigt die erste Krise in der Bundesrepublik Deutschland: der wirtschaftliche Einbruch 1967. Die damalige Arbeitslosigkeit von deutlich unter einer Million, wurde als wirtschaftspolitische Kata-

strophe empfunden, das keynesianische Instrumentarium erfolgreich angewendet, und nach kurzer Zeit bewegte sich die Bundesrepublik wieder auf dem Wachstumspfad. Allerdings wurde schon damals pragmatische Industriepolitik auf Bundesländerebene gemacht, um gravierende regionale Unterschiede einzuebnen. Aus diesem Grund wurde 1969 die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe »Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur« angegangen. Im Kern handelte es sich um ein regionales industriepolitisches Instrument, bei dem allerdings die Arbeitnehmervertretungen kein Mitwirkungsrecht hatten.

Zweite Phase: Industriepolitik und Krisen

Die Situation verschärfte sich grundlegend seit den 1970er Jahren: Seit der sogenannten Ölkrise 1973/74 erfolgten konjunkturelle Einbrüche mit einer gleichzeitig tendenziell steigenden Arbeitslosigkeit. Zugleich kam mit dem Meadows-Report die ökologische Frage erstmals wahrnehmbar auf die Tagesordnung. Die Atomenergie, die zunächst als billige und unerschöpfliche Energiequelle durchweg positiv bewertet wurde, geriet mehr und mehr in die Kritik. Der drohende Klimawandel sowie die befürchtete Ressourcenknappheit waren neue Herausforderungen, denen sich die IG Metall stellen musste.

Der Strukturwandel bekam damit für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer² und ihre Vertretungen eine neue Brisanz. Es konnte nicht mehr umstandslos davon ausgegangen werden, dass auf lange Sicht mehr oder weniger alle vom Strukturwandel profitieren bzw. die Verlierer durch entsprechende Maßnahmen aufgefangen werden. Neue Anforderungen industriepolitischer Gestaltung standen deshalb für die IG Metall auf der Tagesordnung. Erstmals zog der Begriff der »nachhaltigen« Gestaltung des Strukturwandels in die gesellschaftspolitische Debatte ein.

Viele strukturpolitische Konzepte entstanden aus Bewegungen gegen Betriebsstilllegungen und für Produktionsumstellungen. Im Organisationsbereich der IG Metall wurden Arbeitskreise für »Alternative Produktion«

² Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wurde an manchen Stellen auf eine geschlechtsspezifische Unterscheidung verzichtet. Die verwendeten Personenbezeichnungen sind in diesen Fällen als geschlechtsneutral zu sehen.

gegründet, die im Kontext der Friedensbewegung in den 80er Jahren als Arbeitskreise zur Konversion von Rüstungsproduktion in zivile Produktion zunehmend an Bedeutung gewannen. Als ökonomische Krisentherapie wurde – auch heute durchaus aktuell – eine Überwindung der Nachfrageschwäche durch eine expansive Finanzpolitik für notwendig gehalten sowie eine umverteilungsorientierte Tarifpolitik realisiert.

Arbeitspolitik, durchaus ein wichtiges Element einer nachhaltigen Industriepolitik, deren Ziel – die soziale Gestaltung von Automation und technischem Wandel – unverändert aktuell ist, wurde von der IG Metall immer stärker forciert. Die IG Metall war ein wesentlicher Initiator des Programms »Humanisierung des Arbeitslebens«, das von der Bundesregierung in den 70er Jahren aufgelegt wurde. Es sollte durch betriebsnahe Projekte Wege zu einer humaneren Arbeitswelt im Sinne des Abbaus von Arbeitsbelastungen sowie der Gestaltung von anspruchsvolleren Arbeitsplätzen, zum Beispiel durch die Reduzierung von extremer Arbeitsteilung aufzeigen.

Schon damals war Kooperation zwischen den Sozialpartnern und dem Staat die entscheidende Voraussetzung, denn die Ziele und die Umsetzung des Forschungs- und Aktionsprogramms sollten durch eine Gesamtstrategie erreicht werden, die die drei Beteiligten (Regierung, Arbeitgeber und Gewerkschaft) zu tragen hatten. Durch die Tarifpolitik wurden Marksteine bei der Realisierung besserer Arbeitsbedingungen, kürzerer Arbeitszeiten sowie der Reduktion von Arbeitsbelastungen gesetzt.

Auch der Umweltschutz, die ökologische Frage, geriet mehr und mehr in das Blickfeld gewerkschaftspolitischen Handelns. Vor dem Hintergrund von Katastrophen wie zum Beispiel in Tschernobyl, dem sich schnell vergrößern- den Ozonloch und den damit einhergehenden drohenden Klimaveränderungen wurde die ökologische Umgestaltung auch im Hinblick auf die Produktion immer dringlicher. Damit war aber auch ein Konflikt zwischen den Interessen um den Erhalt der Arbeitsplätze und einer längerfristigen ökologisch orientierten Umgestaltung der Produktion wahrscheinlich. Deshalb bestand schon damals aus Sicht der IG Metall die Aufgabe einer staatlichen Industriepolitik darin, für umweltfreundliche Ersatzarbeitsplätze zu sorgen.

Dritte Phase: die Wiedervereinigung als unmittelbare industriepolitische Herausforderung

1989 setzte mit der Überwindung der Teilung Deutschlands eine neue Phase ein – mit dramatischen Konsequenzen insbesondere für Ostdeutschland. Es drohte eine flächendeckende De-Industrialisierung in den neuen Bundesländern, die zu Befürchtungen, dass in Europa ein neues »Mezzogiorno« entstehen würde, führte. Die Perspektiven für die ostdeutsche Industrie waren äußerst düster. Über ihre Ursachen ist viel gestritten worden. Der marode Zustand vieler Betriebe auf dem Gebiet der ehemaligen DDR war zweifelsohne ein Faktor, aber keineswegs der einzige.

Die Währungsunion führte zu einer massiven Verteuerung der industriellen Produkte, die damit – quasi über Nacht – nicht mehr konkurrenzfähig waren. Der westdeutsche Kapitalismus vertrat durchaus die Haltung, mit den im Westen vorhandenen Kapazitäten die Märkte in den neuen Bundesländern und darüber hinaus in Osteuropa zu bedienen. Entsprechend agierte die Treuhand keineswegs immer im Interesse des Erhalts wesentlicher Teile der ostdeutschen Industrie.

Dass dennoch Ostdeutschland nicht das Schicksal Süditaliens erlitt, ist auch den Gewerkschaften und im Wesentlichen der IG Metall zu verdanken. Ihr Konzept lautete »Industrielle Kerne retten«, wodurch die Basis für eine Re-Industrialisierung gelegt werden sollte. Hierfür mussten sehr schnell und sehr konkret industriepolitische Konzepte für Branchen und Betriebe gewissermaßen aus dem Boden gestampft werden und mit politischem Druck von »unten« umgesetzt werden. Der Handlungsdruck war immens, und die Erfolgsbilanz ist gemischt. Betriebe wie EKO-Stahl in Eisenhüttenstadt, die Kerne des Werkzeugmaschinenbaus in Chemnitz sowie die Erhaltung des Zentrums der optischen Industrie in Jena stehen auf der Habenseite, die Rettungsversuche beim Landmaschinenbau sowie beim Schwermaschinenkombinat Ernst Thälmann scheiterten.

Zudem wurden Neuansiedlungen erreicht – wie zum Beispiel der Aufbau einer neuen Produktionsstätte des Volkswagenkonzerns in Zwickau oder Opel in Eisenach. Aber ohne das Engagement der IG Metall sähe die Bilanz viel düsterer aus. Unter den spezifischen Herausforderungen der Nach-Wende-Zeit konnte (und musste) die IG Metall zudem Erfahrungen hinsichtlich praktischer Wirkungen von Industriepolitik sammeln. Erfahrungen, die sich in den nachfolgenden Jahren auch für Westdeutschland als hilfreich erwiesen.

Vierte Phase: Kurswechsel erforderlich

Zu Beginn des neuen Jahrhunderts hätte wohl keiner vorausgesehen, in welcher dramatischer Weise sich die ökologischen, ökonomischen und sozialen Probleme zuspitzen würden. Sichtbares Zeichen hierfür war die tiefgreifende Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09, von der sich viele Staaten Europas bis heute nicht erholt haben. Spätestens seit dieser neuen Weltwirtschaftskrise ist nicht mehr zu leugnen, dass die grundlegenden wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Probleme neue Antworten erfordern. Die IG Metall hat einen grundlegenden Kurswechsel eingefordert. Unsere Ziele sind qualitatives Wachstum und ein nachhaltiger Umbau der industriellen Produktion, damit es gelingt, die Chancen für ein »Gutes Leben« auch künftigen Generationen zu ermöglichen.

Auch viele Akteure in Politik und Gesellschaft sind sich zunehmend der neuen Herausforderungen bewusst geworden. Allerdings gibt es nach wie vor Widerstände bei den Befürwortern der reinen Marktwirtschaftslehre, die aus ordnungspolitischen Gründen eine intervenierende Industriepolitik vehement ablehnen. Der IG Metall kam deshalb mehr denn je die Rolle eines Promotors nachhaltiger Industriepolitik zu. Das zeigte sich in der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09 besonders deutlich. Die IG Metall setzte sich erfolgreich für adäquate Maßnahmen zur Stabilisierung der industriellen Produktion ein – wie zum Beispiel die Sicherung der Stammebeschäftigten durch Kurzarbeit und die Stabilisierung des Absatzes von PKW durch die Abwrackprämie. Maßnahmen, die mit dafür verantwortlich waren, den drohenden Abbau von Arbeitsplätzen und damit Arbeitslosigkeit für viele Beschäftigte zu verhindern.

Das zeigt sich aber auch bei anderen gesellschaftspolitischen Großprojekten wie zum Beispiel der Nationalen Plattform Elektromobilität (NPE) und – ganz aktuell – der Energiewende.

Die IG Metall war seit 2009 wesentlicher Promotor beim Aufbau der Nationalen Plattform Elektromobilität. Angesichts der ökologischen Anforderungen ist ein nachhaltiger Umbau der Automobilindustrie unumgänglich. Dies wird zu gravierenden Veränderungen in den Wertschöpfungsketten und Mobilitätskonzepten führen. Die NPE hat hierzu durch die Förderung der Entwicklung neuer Antriebsformen einen wesentlichen Beitrag geleistet. Es handelt sich um eine beispielhafte sektorale industriepolitische Initiative unter Beteiligung der wesentlichen Akteure aus Industrie, Wissenschaft, Politik, Gewerkschaften und Verbänden.

Mit einem abgestimmten Konzept von Maßnahmen in ganz unterschiedlichen Feldern wie Forschung und Entwicklung, akademische und berufliche Bildung, Normung und Standardisierung sowie zur Unterstützung des Markthochlaufs soll erreicht werden, dass Deutschland zu einem Leitanbieter und Leitmarkt für Elektromobilität wird. Erstmals wurde ein Fahrplan für eine koordinierte Industriepolitik bei einer Zukunftstechnologie mit verbindlichen Investitionszusagen in Forschung und Produktion festgelegt. Hierdurch soll erreicht werden, dass der Übergang vom Verbrennungsmotor zur Elektromobilität gemeistert wird und die Wertschöpfungsketten einer Kernkompetenz der deutschen Wirtschaft nachhaltig umgestaltet und auf diese Weise Arbeitsplätze gesichert werden bzw. neu entstehen. Auch wenn der Elektromobilität in Deutschland heute noch nicht der Durchbruch gelungen ist, geht kein Weg an einer koordinierten industriepolitischen Steuerung vorbei.

Eine weitere Großbaustelle bei einer nachhaltigen Umstrukturierung der Industrie – die Energiewende – wird von der IG Metall unterstützt. Ohne globale, tiefgreifende und rasche Veränderungen in der Energieproduktion und -verwendung wird sich die Klimakatastrophe nicht verhindern lassen. Die Katastrophe von Fukushima zeigte zudem in aller Deutlichkeit, dass die Atomenergie keinen Ausweg aus der »Karbonwirtschaft« darstellt.

Deutschland hat die Kapazitäten und die Fähigkeiten, hier mit gutem Beispiel voranzugehen. Mehr noch: Die IG Metall sieht große Chancen für neue Märkte im Bereich der alternativen Energieerzeugung sowie für energieeffiziente Produkte, Maschinen und Anlagen. Im Endeffekt wird hierdurch eine Vielzahl neuer Arbeitsplätze entstehen – eine Entwicklung, die jetzt schon zu erkennen ist. Andererseits ist nicht zu leugnen, dass es auch Verlierer der Energiewende geben kann. Die Aufgabe einer intelligenten oder »Guten Industriepolitik« ist es, hier nach Lösungen im Sinne einer sozialen, ökologischen und ökonomischen Nachhaltigkeit zu suchen.

Ohne die Gewerkschaften wird das nicht zu bewältigen sein. Gerade bei den energieintensiven Industrien – dies gilt aber gleichsam für die gesamte Industrie – stehen wettbewerbsfähige Energiekosten im Vordergrund. Die IG Metall setzt sich für Lösungen ein, mit denen Verdrängungswettbewerb verhindert werden kann und Arbeitsplätze gesichert werden. Bei den Herstellern von Gas- oder Dampfturbinen wäre die Antwort eine Diversifizierung der Produktion – eine Aufgabe, bei der zuvorderst die Unternehmen selbst gefordert sind, die aber auch von einer Industriepolitik flankiert werden müssen.

Ein grundlegender Kurswechsel steht noch aus

Dennoch müssen wir heute feststellen: Ein wirklich grundlegender Kurswechsel für einen sozial-ökologischen Umbau der Industrie steht noch aus. Die ökologische Krise gewinnt an Brisanz, und mittlerweile ist es sehr zweifelhaft, ob der unabänderliche Anstieg der durchschnittlichen Temperatur auf der Erde auf plus 2° C begrenzt werden kann, denn der CO₂-Ausstoß steigt weltweit unvermindert weiter. Schon werden in neuen Szenarien 4 bis 5° C prognostiziert – mit nicht mehr beherrschbaren katastrophalen Folgen für die Menschheit.

Die bisherigen internationalen Vereinbarungen zur Reduzierung des Ausstoßes von CO₂ sind zu unverbindlich und erweisen sich zunehmend als unrealistisch. Deshalb hat sich der industriepolitische Handlungsdruck nicht nur in Deutschland, sondern auch global enorm erhöht. Ein rasches Umsteuern in Richtung einer ökologischen Nachhaltigkeit ist deshalb erforderlich. Neben umweltfreundlichen Formen der Energieerzeugung impliziert dieses zugleich eine größere Energie- und Ressourceneffizienz sowie intelligente Mobilitätskonzepte. Beides ist angesichts einer sich abzeichnenden Knappheit der endlichen Ressourcen nicht nur aus klimapolitischen Gründen notwendig.

Damit ist nun keineswegs eine Absage an weiteres wirtschaftliches Wachstum verbunden. Angesichts der Armut und der wirtschaftlichen Probleme in weiten Teilen der Welt wäre eine solche Forderung nahezu absurd. Vielmehr geht es um ein qualitatives Wachstum. Das gilt auch für Deutschland, das einer der Hauptlieferanten für energieeffiziente Produkte ist. Es geht um die Realisierung eines ressourceneffizienten, nachhaltigen Entwicklungspfades, der der wachsenden Weltbevölkerung ein gutes Leben und eine gerechtere Verteilung von Einkommen und Vermögen ermöglicht. Voraussetzung dafür ist ein grundlegender Umbau unserer Industriegesellschaft, der uns in den nächsten 50 Jahren gelingen muss.

Im Kontext der fortschreitenden Globalisierung hat sich das Shareholder-Value-Prinzip immer stärker durchgesetzt. Heute steuern direkt und indirekt internationale Finanzmarktakteure mehr und mehr das Unternehmensgeschehen. Kurzfristige Renditeüberlegungen haben den Vorrang vor einer langfristig gesteuerten Unternehmensentwicklung. Für die Beschäftigten ist diese Entwicklung mit negativen Konsequenzen wie zum Beispiel einer Zunahme prekärer Beschäftigung verbunden.

Angesichts dieser Entwicklung gewannen auf der wirtschaftspolitischen Ebene »neoliberale« Konzepte an Bedeutung: Die sogenannten Hartz-Reformen unterstützten die Zunahme prekärer Beschäftigung. Die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, der Abbau von Sozialleistungen sowie die Reduzierung öffentlicher Investitionen dominierten somit die Strategien zur Bewältigung krisenhafter Entwicklungen und zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Austeritätskonzepte und »Low Road« sind in der neoliberalen Politik »angesagt« – mit den in Europa bekannten negativen Folgen von hoher Arbeitslosigkeit, geringerer Arbeitsplatzsicherheit und reduzierter sozialer Absicherung sowie einer zunehmend ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilung.

Der industrielle Aufstieg der BRIC-Staaten, insbesondere Chinas und Südkoreas, der nicht zuletzt auf eine dezidierte und autoritäre Industriepolitik mit einem ausgeprägten sektoralen Ansatz zurückzuführen ist, setzt sich unvermindert fort. Die Gewichte in der Weltwirtschaft verteilen sich neu. Noch vor 30 Jahren wäre jemand, der den Aufstieg Chinas zu einer der führenden oder gar zur führenden Industrienation in der Welt vorhergesagt hätte, nicht ernst genommen worden. Es ist keine Frage, dass die Probleme alter Industrienationen wie Frankreich, Italien oder Großbritannien mit dieser Entwicklung zusammenhängen.

Demgegenüber hat Deutschland von dieser globalen Verlagerung der industriellen Schwerpunkte – zumindest bisher – durchaus profitiert, weil es Produkte, Maschinen und Anlagen für die neuen Industrien und qualitative hochwertige dauerhafte Konsumgüter – wie zum Beispiel Autos – für die wohlhabenden neuen Käuferschichten in diesen aufstrebenden Ländern verkaufen konnte. Durchaus offen ist jedoch die Frage, ob diese Vorteile des Standortes Deutschland von Dauer sind.

Die neuen Industriestaaten lernen schnell. Da die deutsche Industrie in diese Wachstumsmärkte investiert und dort strategische Partnerschaften eingeht, könnte der qualitative Vorsprung hochwertiger, in Deutschland produzierter Industriegüter dahinschmelzen. So erwägt zum Beispiel die Deutsche Bahn AG, Züge künftig auch in China zu kaufen – eine direkte Herausforderung für alle Systemhäuser wie Siemens, Bombardier, Stadler und Alstom. China baut zurzeit massiv Kapazitäten in dieser Branche auf und will verstärkt den Weltmarkt bedienen. Hierbei handelt es sich um keine singuläre Entwicklung. Ein weiteres Beispiel: Der einzig ernst zu nehmende Konkurrent von Google ist der chinesische Softwarehersteller Baidu, mit dem Audi

und Mercedes jüngst eine Kooperation zur Entwicklung von Kartendaten eingegangen sind.

Die schwierige Frage, ob wir uns bereits in einer »vierten technologischen Revolution« befinden, ist umstritten. Es ist jedoch keine Frage, dass die Digitalisierung, die Entwicklung neuer Antriebssysteme im Automobilbereich sowie neue Entwicklungen in der Nano- und Biotechnologie gravierende Auswirkungen auf Produktionsprozesse, die Wertschöpfungsketten, die Zahl der Arbeitsplätze, die Qualifikationsanforderungen sowie die Arbeitsbedingungen haben werden. Neue Produkte für den Endverbraucher, neue Maschinen und Anlagen für die Industrie und neue Formen von hybrider Wertschöpfung durch eine neue Arbeitsteilung zwischen Fertigung und Dienstleistungen (Industrie 4.0) sind entstanden bzw. werden in naher Zukunft entstehen und müssen industriepolitisch gemeistert werden. Dies erfordert auch einen erheblichen Bedarf an Steuerung hinsichtlich der arbeitspolitischen wie auch der sozialen Auswirkungen.

Last but not least werden die Folgen der demografischen Entwicklung immer deutlicher. Hier zeichnen sich erhebliche Probleme und Herausforderungen ab. Stütze des deutschen Industriemodells sind hoch motivierte und qualifizierte Beschäftigte. Es sind nicht nur die Ingenieure, die Facharbeiterinnen und Facharbeiter, sondern auch die un- und angelernten Arbeitskräfte, die für die Erfolge der Industrie stehen. Angesichts fehlenden Nachwuchses aufgrund geburtenschwacher Jahrgänge und bereits heute schon überalterter Belegschaften ergibt sich ein erheblicher Handlungsdruck.

Die Bildungsreserven müssen erschlossen werden, das duale Bildungssystem und die sogenannten MINT-Fächer attraktiver gemacht werden. Zugleich sollten ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch eine Politik der Guten Arbeit die Chance erhalten, bis zum Erreichen des Rentenalters zu arbeiten. Einmal mehr zeigt sich: Ohne die Verknüpfung mit einer wirksamen Arbeits-, Bildungs- und Qualifikationspolitik ist Industriepolitik zum Scheitern verurteilt.

»Gute Industriepolitik« braucht Partner in Politik und Gesellschaft

Die Re-Industrialisierung Ostdeutschlands, die Nationale Plattform Elektromobilität sowie die Energiewende sind drei herausragende Beispiele, in

welcher Weise die IG Metall industriepolitische Ansätze mit geprägt hat und weiter mitgestaltet. Dies gilt natürlich auch für viele andere Bereiche der Industrie – sei es der Schiffbau, die Stahlindustrie oder der Maschinenbau. Dabei musste die IG Metall mit ihren industriepolitischen Vorstellungen für eine zukunftsorientierte Industriepolitik gegen Widerstände bei den Vertretern der reinen Lehre der Marktwirtschaft in der jeweiligen Bundesregierung, insbesondere im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), ankämpfen. Es fehlte somit auf der politischen Seite der Partner, mit dem man gemeinsam Kernfragen einer nachhaltigen Industriepolitik angehen konnte. Damit sollen keineswegs Interessenunterschiede verwischt werden. Vielmehr geht es um eine prinzipielle Dialogbereitschaft und die Suche nach Schnittmengen für ein gemeinsames industriepolitisches Vorgehen.

Mit der Bildung der neuen Bundesregierung im Jahr 2013 änderte sich jedoch die Situation. Anders als ihre Vorgängerinnen hat die große Koalition den Wert der Industrie für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands erkannt und bekennt sich zu einer aktiven Industriepolitik, die über das Setzen von Rahmenbedingungen deutlich hinausgeht. Insofern ist Bewegung in die bundesdeutsche Industriepolitik gekommen. Im Rahmen der verschiedenen Initiativen (Bündnis »Zukunft der Industrie«, Plattform »Industrie 4.0«, Plattform »Innovative Digitalisierung der Wirtschaft«, Expertenkommission »Stärkung von Investitionen in Deutschland« und diverse Branchendialoge) wurde ein umfassender Dialogprozess auf den Weg gebracht, an dem die Gewerkschaften beteiligt sind.

Dadurch wird ein Klima der Kooperation geschaffen, das die Gefahren eines unvollständigen Wissens über zukünftige industrielle Entwicklungen vermindern sowie die Fehler eines Top-down-Ansatzes vermeiden kann. Allerdings macht ein anderer Dialogprozess noch keine wirklich neue Industriepolitik aus. Die Zukunft wird zeigen, ob der neue Anlauf wirklich zu konkreten Maßnahmen, Initiativen und Projekten führt, die den Ansprüchen der IG Metall an eine »Gute Industriepolitik« gerecht wird.

Eine gewisse Skepsis lässt sich angesichts der ersten konkreten Ergebnisse nicht verhehlen: In dem Bericht der Expertenkommission »Stärkung von Investitionen in Deutschland« im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel, wurden die alten Fronten unverändert deutlich. Der Befund ist unstrittig: Es gibt in Deutschland ein Defizit an öffentlichen und privaten Investitionen. Insbesondere die öffentliche Infrastruktur ist mittlerweile aufgrund der Sparpolitik und des »Evangeliums« einer

schwarzen Null teilweise in einem maroden Zustand. Streit entzündete sich vielmehr an den Vorschlägen zur Behebung der Investitionsdefizite.

Die von der Kommissionsmehrheit vorgeschlagene Finanzierung von öffentlichen Investitionen durch private institutionelle Anleger wurde von den Gewerkschaftsvertretern in der Expertenkommission entschieden abgelehnt. Stattdessen sollen sie durch den Abbau von Steuerprivilegien für sehr hohe Vermögen, Einkommen und Erbschaften, die konsequente Ausnutzung des gegebenen Verschuldungsspielraumes und durch höhere Schulden im Sinne der Goldenen Regel der Finanzwissenschaft finanziert werden. Zugleich wurden die steuerpolitischen Vorschläge der Kommissionsmehrheit zur Förderung von privaten Investitionen abgelehnt, weil sie »insgesamt dazu führen würden, die ohnehin ungleiche steuerliche Belastung von Arbeit und Kapital zulasten des Faktors Arbeit, aber auch zulasten der öffentlichen Hand, zu verschieben.«³

Einmal mehr wurde deutlich, dass Investitionspolitik als Teil der Industriepolitik kein interessenfreier Raum ist und politische Machtfragen in Dialogprozessen eine große Rolle spielen. Insofern kann es nur von Vorteil sein, wenn die Gewerkschaften verstärkt die Kooperation mit anderen Organisationen in der Zivilgesellschaft (NGOs) suchen. Die Chancen für eine solche Zusammenarbeit haben sich verbessert. Der Wert der Industrie für eine nachhaltige Umgestaltung unserer Wirtschaft wird mittlerweile von vielen NGOs gesehen und anerkannt. Schnittmengen für ein gemeinsames Vorgehen beim ökologischen Umbau der Industriegesellschaft sind vorhanden.

Eckpunkte einer »Guten Industriepolitik«

Angesichts der oben dargestellten »Megatrends« sowie positiver und negativer Erfahrungen mit bisherigen industriepolitischen Ansätzen und Initiativen ergeben sich neue Anforderungen an eine Industriepolitik der Zukunft. Diese wird die IG Metall aktiv im Interesse ihrer Mitglieder mitgestalten. Eine Industriepolitik der Zukunft muss »Gute Industriepolitik« sein. Die IG Metall kann hierbei – dieses sollte der historische Rückblick zeigen – auf ihren industriepolitischen Aktivitäten in der Vergangenheit aufbauen. Anders

³ Bericht der Expertenkommission »Stärkung von Investitionen in Deutschland«, im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (April 2015), Berlin, S. 16.

als die »Marktideologen« in Wissenschaft und Politik war sie sich immer der Defizite und negativen Folgen einer ungesteuerten und ungezügelter Marktwirtschaft bewusst und mit ihren industriepolitischen Vorschlägen auf der Höhe der Zeit und ihrer Probleme.

Unter den heutigen Bedingungen bekommt nun die Forderung nach einer integrierten Industriepolitik neues Gewicht. Sie erfordert einen Masterplan oder eine »Roadmap«, die gemeinsam von allen Beteiligten zu entwickeln und mit anderen Politiken wie der Innovationspolitik, der Energiepolitik, der Regionalpolitik oder der Arbeits- und Bildungspolitik zu verbinden ist. Hierbei ist im Sinne der Gleichgewichtigkeit von ökologischer, ökonomischer und sozialer Nachhaltigkeit von folgenden Eckpunkten auszugehen:

1. Der notwendige ökologische Umbau der Industriegesellschaft erfordert mehr als eine Energiewende. Es geht um grundlegende Veränderungen in der Produktionsweise, die zugleich zu neuen Strukturen in den Wertschöpfungsketten führen werden. Die Realisierung einer durchaus machbaren Effizienzrevolution, »Besser statt billiger« durch »Cradle to Cradle«, von neuen Mobilitätskonzepten, von Produkten im Sinne eines nachhaltigen Konsums oder auch Fair Trade sind Marksteine für einen solchen Umbau.
2. Der ökologische Umbau bietet der deutschen Industrie neue Chancen im globalen Wettbewerb. Hierbei kann sie auf ihren Erfolgen aufbauen. Diese beruhen auf qualitativ hochwertigen Produkten, Systemlösungen und starken industriellen Clustern. »Low Road« hat in der Konkurrenz mit den aufstrebenden Schwellenländern keine Chance. Damit ist keineswegs nur eine Hightech-Förderung durch die FuE-Politik gemeint. Gerade nicht FuE-intensive Industrien sowie Lowtech-Industrien sind unverzichtbare Bestandteile der Wertschöpfungsketten und damit in die Förderung einzubeziehen. Andererseits hat es die deutsche Industrie in der Vergangenheit versäumt, sich den Zugang zu Schlüsseltechnologien wie dem IT-Bereich oder der Batterietechnik zu verschaffen. Solche technologischen Lücken sind von einer nachhaltigen Industriepolitik gezielt anzugehen.
3. »Gute Industriepolitik« muss auf Dauer angelegt sein und steht damit in direktem Widerspruch zu einem finanzmarktgesteuerten Shareholder-Kapitalismus. Dieser hat direkt in nahezu allen kapitalistischen Ländern zu einer immens wachsenden Ungleichverteilung zwischen Einkommen und Vermögen geführt. Diese Entwicklung widerspricht nicht nur allen

Wertvorstellungen von Gerechtigkeit, sondern verstärkt auch die Krisenanfälligkeit durch negative Auswirkungen auf die Nachfrage. Notwendig sind deshalb die nationale und internationale Regulierung der Finanzmärkte, eine stärkere Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaften der »Superreichen« und die Ausweitung der wirtschaftlichen Mitbestimmung.

4. »Gute Industriepolitik« im Sinne der sozialen Nachhaltigkeit integriert Strategien für Gute Arbeit, fördert Arbeitsplätze mit guten Arbeitsbedingungen und Qualifikationen sowie einer entsprechenden Bezahlung und bekämpft prekäre Beschäftigung. Arbeit als Quelle der Identität gehört zu einem guten selbstbestimmten Leben und muss deshalb wieder ihren Wert bekommen. Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes ist nur ein erster Schritt zu einer nachhaltigen Verbesserung der Lebens- und Arbeitssituation des Prekariats. Die erfolgreiche Kampagne »Besser statt Billiger« der IG Metall hat gezeigt, dass das Expertenwissen der Beschäftigten bei betrieblichen Veränderungen und Neuerungen unverzichtbar ist. Solche Beteiligungsprozesse sollten durch staatliche Programme und Mittel gefördert werden. Hierdurch könnten zugleich Spielräume für Aktivitäten und Initiativen der Beschäftigten für Innovationen und betriebliche Umstrukturierungen erweitert werden.
5. Die Mitbestimmung ist der Pluspunkt im deutschen System und hat sich in der Wirtschafts- und Finanzkrise bewährt. Eine Kooperation für eine Stärkung der Industrie und der industriellen Beziehungen ist nicht nur in den Betrieben, sondern auch in Branchen bzw. in Clustern und darüber hinaus erforderlich. Wie oben dargestellt, hat die IG Metall eine solche Politik immer verfolgt. Zwar ist in dem neuen Anlauf der Bundesregierung zur Industriepolitik eine Beteiligung der Gewerkschaften endlich in die Tat umgesetzt worden, aber dies kann sich unter einer anderen Bundesregierung auch wieder ändern. Neben der Ausweitung der Mitbestimmung in wirtschaftlichen Angelegenheiten auf der Ebene des Betriebes bzw. des Unternehmens sind deshalb dauerhaft fest institutionalisierte Einrichtungen bzw. industriepolitische Gremien auf Bundes- und Bundesländerebene unter Beteiligung der Gewerkschaften notwendig.
6. Die Krise hat es gezeigt: Europa ist zu einem einheitlichen Wirtschaftsraum zusammengewachsen. Eine gesamteuropäische nachhaltige Industriepolitik ist mehr denn je im Sinne einer gegenseitigen Unterstützung erforderlich. »Gute Industriepolitik« impliziert damit eine Renaissance der Industrie in vielen europäischen Ländern. Die europäischen Insti-